



«Lieber in Prävention investieren als in Behandlungen.»

Foto: Shutterstock

Finanzierung des Alters Teil 2: Lösungsansätze

Es brauche dringend einen Paradigmenwechsel im Gesundheitswesen, sagt **Stéfanie Monod** im Interview. Auch sieht sie als Mitautorin einer Studie Handlungsbedarf, um die Koordination zwischen den Kantonen zu verbessern.

Interview: **Camille-Angelo Aglione**

Stéfanie Monod
ist Titularprofessorin an der Universität Lausanne und Co-Leiterin der Abteilung für Epidemiologie und Gesundheitssysteme bei Unisanté. Als Fachärztin für Allgemeine Innere Medizin und Geriatrie ist sie eine Schweizer Expertin für die Herausforderungen des Alterns.



Frau Dr. Monod, warum ist die demografische Alterung eine Herausforderung für die Politik?

Stéfanie Monod: Es geht nicht nur um die steigende Lebenserwartung, sondern auch darum, dass die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, während die Geburtenrate weiter sinkt. Diese drei Phänomene verändern die Struktur unserer Bevölkerung: Einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung steht eine stark wachsende alternde Bevölkerung gegenüber. Dieses Ungleichgewicht wirft entscheidende Fragen auf in Bezug auf die Organisation der Gesundheitsversorgung, die Infrastruktur und die Verwaltung der Personalressourcen.

Wie wirkt sich dieser Übergang auf den Pflegesektor aus?

SM: Ein OBSAN-Bericht aus dem Jahr 2022 prognostiziert einen Anstieg des Bedarfs an häuslicher Pflege um 40 %, an betreutem Wohnen um 50 % und an Pflegeheimplätzen um 65 %. Kein Kanton kann diesen Herausforderungen gelassen entgehen, und

selbst wenn die Infrastrukturen realisiert werden könnten, würde der Personalmangel es nicht erlauben, sie zu betreiben.

Dann werden wir sie also weniger ausbauen müssen?

SM: Wir werden vor allem Kompromisse eingehen müssen. Denn die demografische Alterung ist nicht die einzige Herausforderung. Auch der Klimawandel erfordert hohe Investitionen, um den Übergang zu schaffen. Und die Herausforderungen im Bereich der Sicherheit fallen ebenfalls immer stärker ins Gewicht.

Gibt es Lösungsansätze im Gesundheitswesen?

SM: Das Gesundheitssystem muss neu erfunden werden. Es ist heute noch zu sehr auf die kurative Versorgung ausgerichtet. Ein präventiver Ansatz ist unerlässlich, insbesondere Investitionen in die

frühe Kindheit und in die psychische Gesundheit von Jugendlichen. Gleichzeitig müssen die Palliativmedizin und die Sterbebegleitung gestärkt werden. Diese Veränderungen erfordern ein kollektives Engagement sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene.

Engagement auf lokaler Ebene? Ist Gesundheit nicht Sache der Kantone?

SM: Das Engagement auf lokaler Ebene ist unerlässlich, nicht nur im Gesundheitswesen, sondern auch bei der Organisation der Langzeitpflege. Im September wurde ich von der Walliser Rentnervereinigung zu einem Treffen mit den Kandidierenden für die Gemeindevahlen eingeladen. An diesem Abend wurden konkrete Beispiele vorgestellt, wie die Investitionen der Gemeinden oder die Unterstützung lokaler Projekte ein gutes Altern ermöglichen und die Inte-

gration und die Gesundheit der Seniorinnen und Senioren stärken. Wir alle müssen uns beteiligen, ob als pflegende Angehörige, Beitragszahlende oder engagierte Bürgerinnen und Bürger. Die kollektive Beteiligung ist entscheidend für den Erfolg bei der Bewältigung dieser Herausforderungen. Es müssen demokratische Abwägungen getroffen werden. Die Präambel der schweizerischen Bundesverfassung bringt dies übrigens sehr schön zum Ausdruck: «Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.» ■



Camille-Angelo Aglione

Direktor der Walliser Vereinigung der Alters- und Pflegeheime (AVALEMS).
✉ camille-angelo.aglione@avalems.ch

«Es braucht ein Bundesgesetz über die Gesundheit!»

Eine von Unisanté durchgeführte und von der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften finanzierte Studie untersucht die Governance des Schweizer Gesundheitssystems und schlägt eine Gesetzesrevision vor. Die Autorinnen und Autoren weisen auf die derzeitigen Mängel hin, insbesondere die ungenügende Koordination zwischen Bund und Kantonen sowie das Fehlen einer umfassenden Vision des Gesundheitswesens.

Da kein Bundesgesetz einen umfassenden Rahmen für die Gesundheitsversorgung vorgibt, entwickelt jeder Kanton seine eigene Strategie, was zu Unterschieden in der Versor-

gungsqualität und beim Leistungszugang führt. Diese Fragmentierung erschwert die Umsetzung nationaler Initiativen angesichts der Herausforderungen einer alternden Bevölkerung und von Epidemien.

Die Autorinnen und Autoren empfehlen die Einführung eines Bundesgesetzes über die Gesundheit, das gemeinsame Ziele festlegt und die Zusammenarbeit zwischen den Akteurinnen und Akteuren des Systems verbessert. Ein solches Gesetz würde das Engagement von Behörden, Bürgerinnen und Bürgern und Gesundheitsfachkräften fördern. Es würde auch einen nationalen Rahmen für die Verwaltung von

Gesundheitsdaten schaffen, die für die Bewertung und Verbesserung der Leistung des Systems von entscheidender Bedeutung sind. Die Konsolidierung der Daten würde dazu beitragen, die Gesundheit der Bevölkerung besser zu kennen und Ungleichheiten aufzudecken.

Schliesslich würde das Gesetz darauf abzielen, den Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle zu gewährleisten, Gleichstellungsgrundsätze festzulegen und die Prävention im schweizerischen Gesundheitssystem zu verankern, indem soziale Ungleichheiten im Gesundheitsbereich sektorübergreifend bekämpft werden. ■